

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Harald Ebner, Undine Kurth
(Quedlinburg), Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8522 –**

Stuttgart 21 – Naturschutzrechtliche Situation im Schlossgarten vor den geplanten Baumfällungen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 im November des vergangenen Jahres hat deutlich gemacht, dass sich eine Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung für den Bau des Stuttgarter Tiefbahnhofs ausspricht. Die grün-rote Landesregierung Baden-Württembergs hat sich daraufhin geschlossen hinter die Realisierung des Projektes gestellt, nicht jedoch ohne zu verdeutlichen, dass eine erfolgreiche Umsetzung der Baumaßnahmen einer konstruktiven und kritischen Begleitung der Politik bedarf.

Eine „konstruktiv-kritische“ Begleitung der weiteren Baumaßnahmen für das Projekt Stuttgart 21 bedeutet auch, sicherzustellen, dass rechtliche Vorgaben eingehalten werden. Naturschutzrechtliche Regelungen bzw. Beteiligungsrechte wurden bisher – auch nach Feststellung von Gerichten – mehrfach nicht korrekt berücksichtigt. So wurden am frühen Morgen des 1. Oktober 2010 im Bereich des Schlossgartens Bäume gefällt, obwohl das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) am 30. September 2010 mitgeteilt hatte, dass mit den Baumfällungen vorerst nicht begonnen werden könne, bis das artenschutzrechtliche Konfliktpotenzial bewältigt sei.

Ein Eilantrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e. V. mit dem Ziel, die Baumfällungen zu verhandeln, wurde am 14. Oktober 2010 vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart verhandelt. Das Gericht Stuttgart kam am 14. Oktober 2010 zu dem Ergebnis (AZ 13 K 3749/10), „dass es dem Antrag mit hoher Wahrscheinlichkeit noch vor Beginn der Baumfällarbeiten stattgegeben hätte, wenn ihm am Abend des 30. September 2010 alle entscheidungserheblichen Tatsachen und insbesondere das Schreiben des EBA vom selben Tage bekannt gewesen wäre.“ Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat in diesem Zusammenhang am 4. November 2011 beim Amtsgericht Stuttgart einen Strafbefehl gegen drei Beschuldigte beantragt. Darüber hinaus gibt es im selben Kontext eine Beschwerde des BUND bei der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2010 (1405/10/ENVI). Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob im Verfahren um das Projekt Stuttgart 21 und die damit verbundenen zu erwartenden Baumfällun-

gen im Schlossgarten die einschlägigen Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 10. Januar 2006 (C-98-03) und des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 21. Juni 2006 (9 A 28/05) berücksichtigt wurden bzw. werden.

Was die naturschutzfachlichen Grundlagen betrifft, lagen für das Vorkommen von Fledermäusen bisher offensichtlich veraltete und nicht mehr relevante Daten vor: Beim Planfeststellungsbeschluss wurden Untersuchungen von Quartierbäumen des Schlossgartens aus Mitte der 80er-Jahre herangezogen. In der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist als Datenquelle Heft 5 des Amtes für Umweltschutz aus dem Jahr 1997 angegeben. Im Rahmen dieser UVP erfolgte jedoch keine Untersuchung potenzieller oder tatsächlicher Quartiere, sondern nur eine Auswertung von Jagdrevieren im Park.

Zwischenzeitlich scheinen von verschiedenen Seiten aktuelle Gutachten zum Vorkommen von Juchtenkäfern, Fledermäusen und Vögeln vorzuliegen, deren Berücksichtigung in den naturschutzrechtlichen Planungsprozess unklar sind, deren Bewertung kontrovers zu sein scheint und deren Ergebnisse der Öffentlichkeit bislang noch nicht bekannt gemacht wurden.

Bei den naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen sind neben verschiedenen anderen gesetzlichen Regelungen § 15 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in Verbindung mit § 44 Absatz 5 BNatSchG zu berücksichtigen. Die sogenannten CEF-Maßnahmen (continuous ecological functionality-measures) müssen dabei direkt am betroffenen Bestand der geschützten Arten ansetzen. Sie sollen die Lebensstätte für die betroffenen Populationen in Qualität und Quantität erhalten. Die Maßnahmen sollen dabei einen unmittelbaren räumlichen Bezug zum betroffenen Lebensraum (Habitat) haben und angrenzend neue Lebensräume schaffen, die in direkter funktionaler Beziehung mit dem Ursprungshabitat stehen.

1. Wurde die Bundesregierung von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Umwelt) um eine Stellungnahme zur Beschwerde des BUND Baden-Württemberg (1405/10/ENVI) gebeten?

Wenn ja, wann?

Die Bundesrepublik Deutschland wurde in dem Verfahren 1405/10/ENVI am 27. September 2010, 29. November und 21. Dezember 2011 um Stellungnahme gebeten. Die Europäische Kommission hat nicht mitgeteilt, wer der Beschwerdeführer ist.

2. Wird die Deutsche Bahn AG (DB AG) bzw. die DB ProjektBau GmbH mit dem Fällen von Bäumen im Schlossgarten warten, bis die Europäische Kommission ihre Stellungnahme hierzu abgegeben hat?

Bei Stuttgart 21 handelt es sich nicht um ein Projekt des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes, sondern um ein eigenwirtschaftliches Projekt der Deutschen Bahn AG. Die Eisenbahninfrastrukturunternehmen sind Vorhabenträger und Bauherr. Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Flughafen Stuttgart GmbH beteiligen sich als Aufgabenträger an der Finanzierung.

3. Wann hat das EBA erstmals die vorgeschriebene landschaftspflegerische Ausführungsplanung zu den Maßnahmen im Schlossgarten eingefordert?

Am 30. September 2010.

4. Aus welchen Gründen hat die DB AG bzw. die DB ProjektBau GmbH die vorgeschriebene landschaftspflegerische Ausführungsplanung bis dahin nicht vorgelegt?
5. Aus welchen Gründen hat sich das Vorlegen der vorgeschriebenen landschaftspflegerischen Ausführungsplanung nach der Einforderung durch das EBA verzögert?
6. Wann wird die DB AG die vorgeschriebene landschaftspflegerische Ausführungsplanung vorlegen?

Die Fragen 4 bis 6 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei Stuttgart 21 handelt es sich nicht um ein Projekt des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes, sondern um ein eigenwirtschaftliches Projekt der Deutschen Bahn AG. Die Eisenbahninfrastrukturunternehmen sind Vorhabenträger und Bauherr. Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Flughafen Stuttgart GmbH beteiligen sich als Aufgabenträger an der Finanzierung.

Die Fragen können somit von der Bundesregierung nicht beantwortet werden und wären an den Vorhabenträger zu richten.

7. Gab es nach Kenntnis der Bundesregierung für den Bereich der durch die Baumaßnahme Stuttgart 21 betroffenen Bäume im Schlossgarten eine artenschutzrechtliche Prüfung, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen kam diese?

Im Mittleren Schlossgarten fanden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens umfangreiche ökologische Kartierungen statt. Das Vorkommen von Tierarten des Anhangs IV der Richtlinie 92/43/EWG, im Einzelnen Fledermäuse und Juchtenkäfer, und von Vögeln des Artikels 1 der Richtlinie 79/409/EWG wurde untersucht. Im Ergebnis sind mit dem Planfeststellungsbeschluss verschiedene Maßnahmen festgelegt worden, mit denen negative Auswirkungen der Baumaßnahme vermieden werden sollten. Dazu gehören u. a. die Installation von Ersatzquartieren für die Fledermäuse (Sommerquartiere), die Bauzeitenregelung oder der Schutz der verbleibenden Bäume gegenüber Grundwasserschwankungen. Aktuell hat die Vorhabenträgerin erneut Gutachten zum Vorkommen der o. g. Arten erstellen lassen. Die Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der vorgesehenen und ergänzenden Maßnahmen eine Verletzung der Verbotsbestimmungen nicht zu besorgen ist.

8. Ist die Bundesregierung weiterhin der Auffassung, dass es für das Fällen von Bäumen trotz des Vorkommens der prioritären Fauna-Flora-Habitat-Art Eremit/Juchtenkäfer keiner Ausnahmegenehmigung bedarf (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 18 der Kleinen Anfrage „Vorkommen und Schutz des Juchtenkäfers“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 17/4157), und wenn ja, wie vereinbart sich das nach Meinung der Bundesregierung mit dem Urteil des EuGH vom 10. Januar 2006 (C-98-203) sowie dem darauf fußenden Urteil des BVerwG vom 21. Juni 2006 (9 A 28/05)?

Mit der Entscheidung des Eisenbahn-Bundesamtes vom 26. Januar 2012 ist das Fällen einiger genau bestimmter Bäume im Vorhabensbereich dem Vorhabenträger untersagt worden, so dass keine Ausnahmegenehmigung zu erteilen war. Insofern wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 13a der Kleinen Anfrage „Vorkommen und Schutz des Juchtenkäfers“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 17/4157, verwiesen.

9. Welche Untersuchungen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung aus den letzten 20 Jahren über die Quartierbäume und sonstige Lebensstätten von Fledermäusen und Vögeln im Schlossgarten, im Südflügel des Hauptbahnhofs sowie im Gebäude Heilbronner Straße 7 (ehemalige Eisenbahndirektion), und welche Ergebnisse bringen diese hervor (wenn möglich bitte nach Arten aufschlüsseln)?

Dem Eisenbahn-Bundesamt liegen die folgenden Untersuchungen vor:

Mittlerer Schlossgarten

Gruppe für ökologische Gutachten (GÖG), Januar 2012 (Stand: 18.01.2012; mit Austauschseite v. 24.01.2012): Projekt Stuttgart 21 – Wendlingen–Ulm Planfeststellungsabschnitt 1.1, Mittlerer Schlossgarten; spezielle artenschutzrechtliche Prüfung;

Fritz GmbH, Beratende Ingenieure VBI, 05.01.2012 (irrt. 2011): Stuttgart 21, Planfeststellungsabschnitt 1.1: Abbruch des Südflügels; Störung der Winterruhe von Fledermäusen im Schlosspark;

Bodo Sievert, 05.01.2012: S 12, PA 1.1; Beweissicherungs- und Schutzmaßnahmen; hier: Fachliche Stellungnahme zu Baumfällungen – Erschütterungen in Bezug zu Wohnquartieren/Habitatbäumen von Fledermäusen bei den Bäumen Nr. 270 und 575;

Bodo Sievert, 23.12.2011: S 12, PA 1.1; Beweissicherungs- und Schutzmaßnahmen; Kurzzusammenfassung zum Hauptgutachten 2011122/S 21;

Baader Konzept, 29.10.2010: Standortsuche für Fledermauskästen;

Baader Konzept, 01.10.2010: Stellungnahme zur Vernichtung potenzieller Sommerquartiere von Fledermäusen in Baumhöhlen des MSG sowie zur Sicherstellung von Entwicklungsstadien des Juchtenkäfers des Baumes Nr. 552;

Tammler, Ulrich, September 2010: Erwartete Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Vogelwelt des „Grünen U“, insbesondere der Mittleren und Unteren Anlagen des Schlossgartens in Stuttgart auf der Basis einer Brutvogelkartierung 2010. Internetveröffentlichung des NABU Stuttgart e. V.;

Baader Konzept, 24.09.2010: Stellungnahme zu einem vermuteten Brutplatz der Hohltaube im Schlossgarten;

igi Niedermeyer Institute, 17.01.2002: Projekt Stuttgart 21. PFA 1.1 Talquerung mit Hauptbahnhof – Fledermäuse – Kartierbericht;

igi Niedermeyer Institute, 07.02.2000: Projekt Stuttgart 21. PFA 1.1 Talquerung mit Hauptbahnhof – Avifauna – Kartierbericht;

Südflügel

Gruppe für ökologische Gutachten (GÖG), August 2011: Ergebnisse Fledermausuntersuchung Südflügel Hauptbahnhof Stuttgart;

Gruppe für ökologische Gutachten (GÖG), Juli 2011: Untersuchungen zum Fledermausvorkommen am Südflügel des Hauptbahnhofs in Stuttgart, Anlage: Dokumentation;

Baader Konzept, 05.11.10: Fledermausquartiere im Südflügel Hbf Stuttgart;

Gebäude Heilbronner Straße 7

Gruppe für ökologische Gutachten (GÖG), Januar 2012: Untersuchungsbericht zu Fledermaus- und Vogelvorkommen, Gebäude: Jägerstraße (14/18, 22, 24), Sängerstraße 4, Alte Bahndirektion und Landespavillon Stuttgart.

Die Ergebnisse der dem Eisenbahn-Bundesamt vorliegenden Untersuchungen sind sowohl in den Planfeststellungsbeschluss vom 28. Januar 2005 als auch in den Bescheid vom 26. Februar 2012 eingeflossen.

10. Welche naturschutzrechtlichen Regelungen sind vor dem Hintergrund der Beobachtung von fünf Fledermausarten durch die AG Fledermausschutz Baden-Württemberg e. V. im September 2010 und ggf. weiterer nachgewiesener gefährdeter Fledermaus- und Vogelarten wie beispielsweise dem Schwarzspecht im Schlossgarten anzuwenden, bevor höhlenfähige Bäume für das Projekt Stuttgart 21 gefällt werden?

Die Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes.

11. Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die festzusetzenden CEF- bzw. Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in Lebensstätten gefährdeter Fledermaus-, Vogel- und Insektenarten?

Mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 28. Januar 2005 ist das Aufhängen von Fledermauskästen für Sommerquartiere und mit der Entscheidung vom 26. Januar 2012 das Aufhängen von Fledermauskästen für Winterquartiere festgesetzt.

12. Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Bauprojektes Stuttgart 21 gewährleistet, dass die besonders habitatreichen Bäume, in denen teilweise Juchtenkäfer, Fledermausquartiere und Bruthöhlen für Vögel vorkommen, nicht von den Baumaßnahmen tangiert werden, und welche Schutzmaßnahmen gegen Beschädigungen durch Baumfällungen und Baumaschinen, gegen starke Lichtquellen und gegen Austrocknen durch die Grundwasserabsenkung sind vorgesehen bzw. werden behördlich festgesetzt?

Zur Vermeidung von Umweltschäden ist im Bescheid vom 26. Januar 2012 festgesetzt:

- ein Fällverbot für Bäume, die vom Juchtenkäfer besiedelt sind und für weitere Bäume, die für den Erhalt der Population erforderlich sind,
- ein Fällverbot für zwei Bäume, in denen sich derzeit Winterquartiere der Fledermausart Großer Abendsegler befinden,
- Fledermauskästen als Ersatz für Winterquartiere,
- Errichtung von Baumschutzzäunen und
- Installation eines System zur Gewährleistung einer optimalen Wasserversorgung des Altbaumbestandes,
- baubegleitende Maßnahmen wie eine Bauzeitenregelung, Vorgaben für die Beleuchtung, Vorgaben für die Durchführung der Fällarbeiten und eine spezielle ökologische Bauüberwachung.

